

Schwerpunkt: 2. Deutscher Kämmerertag

„Probleme entstehen in guten Zeiten“

Interview: Finanzminister Prof. Dr. Ingolf Deubel empfiehlt die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds

Seit Inkrafttreten des Gewerbesteuer-gesetzes im Jahr 1936 beklagen deutsche Kommunen die Nachteile ihrer konjunkturenfalligen Haupteinnahmequelle. Im Interview mit „Der Neue Kämmerer“ beschreibt der rheinland-pfälzische Finanzminister, Prof. Dr. Ingolf Deubel, einen Weg zur langfristigen Verstärkung der Einnahmen.

Wie beurteilen Sie die finanzielle Lage der deutschen Kommunen? Wie zufrieden sind Sie mit der Ausgestaltung der Unternehmenssteuerreform?

Die aktuelle finanzielle Situation der deutschen Kommunen ist das Ergebnis von Einnahmeverlusten der letzten Jahre. Die Wähler wollten eine sinkende Steuerbelastung und haben sie bekommen – aber dies bedeutete auch, dass die direkten und indirekten Einnahmen der Kommunen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer massiv gesunken sind. Diese Entwicklung wurde durch die konjunkturelle Schwächephase verstärkt. Eine zweite Ursache für die heute unbefriedigende Situation der Kommunen sind die gestiegenen Sozialausgaben – ebenfalls ein Resultat der Rezession. Als Gegenmaßnahme haben die Kommunen ihre Investitionsausgaben stark gedrosselt. Sie liegen heute niedriger als die Abschreibungen. Öffentliches Vermögen wird aufgezehrt. Mit der aktuellen Unternehmenssteuerreform bin ich im Großen und Ganzen zufrieden. Die Bemessungsgrundlage wird breiter, und es lohnt sich stärker als bisher, Steuern in Deutschland zu zahlen. Allerdings dürfte auch die künftige Gewerbesteuer viel zu konjunkturenfallig sein.

Der Streit über eine mögliche Abschaffung der Gewerbesteuer ist leise geworden. Steht das Für und Wider dieser konjunkturenfalligen Steuer nicht weiter zur Debatte? Unter welchen Bedingungen würden Sie als früherer Kämmerer und Oberstadtdirektor der Stadt Solingen der Abschaffung der Gewerbesteuer zustimmen?

Sie haben Recht, die Gewerbesteuer wird aufgrund des derzeitigen konjunkturellen Aufschwungs nicht mehr diskutiert. Aber das ist kurzfristig und vor allem die großen, gewerbesteuertarken Städte zeigen sich hier von Gedächtnisschwund geplagt. Kaum ist die Rezession überwunden, vergisst man das mittlerweile 70 Jahre alte Wehklagen über die Gewerbesteuer.

Die wesentlichen Kritikpunkte sind in der Tat seit genau 70 Jahren bekannt, nämlich seit dem Gewerbesteuer-gesetz vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 97). Feiern wollen wir dieses Jubiläum nicht, aber erinnern darf man daran, dass die starke Konjunkturenfalligkeit schon bei der damals noch von Lohnsummensteuer und Gewerkekapitalsteuer begleiteten Abgabe bemängelt wurde. Die Kritik von gestern und vorgestern wird morgen wieder aktuell sein: Die Gewerbesteuer ist konjunkturenfallig, allokativ verzerrend und ungerecht. Diese Probleme kenne ich auch aus der Sicht eines für die städtischen Finanzen Verantwortlichen. Ich würde einer Abschaffung dieser Steuer dann zustimmen, wenn ich dafür die Einnahmen aus einer anderen wirtschaftsbezogenen Steuer mit



Finanzminister Prof. Dr. Ingolf Deubel



Die Teilnehmer des Kämmerertags diskutierten mit den Referenten der Expertenrunde.



Das Expertenplenum: Vanessa Keppler, Peter Götz, Dr. Ingo Wolf, Prof. Dr. Ingolf Deubel, Hartmut Vorjohann, Marius Nieland und Dr. André Hülsbömer (von links nach rechts)

Hebesatzrecht bekäme, die auf einer breiteren Bemessungsgrundlage basiert und dadurch zuverlässiger ist und weniger verzerrend wirkt.

Welche Punkte sehen Sie an dem jetzigen Finanzausgleich besonders kritisch? Was sollte dringend reformiert werden?

In den aktuellen kommunalen Finanzausgleichssystemen der Länder sehe ich die Tatsache als besonders problematisch an, dass auch die Zuweisungen des Landes an seine Kommunen prozyklisch fließen, weil sie im Wesentlichen von den (konjunkturenfalligen) Steuereinnahmen des Landes abhängen. So unterliegen in fast jedem Land rund 60 bis 70 Prozent der kommunalen Einnahmen zum Teil starken Konjunkturschwankungen.

Wie lassen sich die Einnahmen der Kommunen langfristig verstetigen? Könnte der rheinland-pfälzische Stabilisierungsfonds eine bundesweite Lösung darstellen?

Ich sehe insbesondere zwei hoch wirksame Maßnahmen: die Reform des Gemeindesteuersystems durch Einbeziehung einer lohnsummenbezogenen Komponente sowie die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds für die kommunalen Finanzen.

Welche Vor- und Nachteile bringt das Modell des Stabilisierungsfonds?

Mit einem Stabilisierungsfonds, wie er in Rheinland-Pfalz vorhanden ist, sind aus meiner Sicht nur Vorteile verbunden. In konjunkturellen Boomphasen fließt ein

Teil der Landesleistungen, also der Zuweisungen, in den Fonds und wird dort angespart für die mit Sicherheit kommende nächste Rezession. Diese muss von den Städten, Landkreisen und Gemeinden nicht mehr so stark gefürchtet werden, weil zwar nach wie vor die Gewerbesteuer – wenn sie denn immer noch nicht reformiert wurde – deutlich weniger ergebnisbringend sein wird, aber die Zuweisungen des Landes bleiben berechenbar hoch.

Ja, es ist nicht nur so, dass die Zuweisungen weniger stark sinken, sondern wir garantieren unseren Kommunen darüber hinaus sogar für nahezu jedes denkbare Szenario einen Mindestaufwuchs! Unsere Städte, Kreise und Gemeinden können die Landesleistungen mit größter Sicherheit einplanen. Das spart nicht nur Nerven, sondern bares Geld, nämlich die ansonsten notwendigen Kosten für einen „Plan B“ für den Fall sinkender Zuweisungen.

Außerdem erspart die Verstetigung der Zuweisungen auch die Kosten von Fehlplanungen, die meistens entstehen, wenn ein vorhandener Investitionsplan bei kurzfristig wegbrechenden Einnahmen überhastet gekürzt werden muss. Regelrecht dramatisch können sich die Folgekosten von Investitionen entwickeln, wenn in Boomphasen optimistisch investiert wurde, aber in späteren Rezessionen die Folgekosten nicht beglichen werden können.

Die Finanzverantwortlichen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen werden auch den zweiten wichtigen Vorteil des Stabilisierungsfonds zu schätzen wissen.

In Boomphasen entwickeln sich bei zu schnell wachsenden Einnahmen falsche Vorstellungen in der Bevölkerung und auch bei den Volksvertretern im Rat oder im Kreistag. Man hält neue Vorhaben der Kommune nun für finanzierbar und möchte sich langgehegte Wünsche endlich erfüllen. Der Stabilisierungsfonds aber gibt dem verantwortlich arbeitenden Kämmerer ein gutes Argument gegen überzogene Ansprüche an die Hand: Ein Teil der Zusatzeinnahmen wird gespart. Denn die Strukturprobleme der kommunalen Finanzen entstehen nicht in den schlechten, sondern in den guten Zeiten.

Inwiefern verliert das Modell an Attraktivität, wenn nur Rheinland-Pfalz damit arbeitet?

Das Modell gewinnt zusätzlich an Attraktivität, wenn die Stabilisierungsidee auch in anderen Ländern aufgegriffen wird und zumindest ähnliche Modelle verwirklicht werden. Dann nämlich können wir nicht nur die Einnahmen der einzelnen Kommunen verstetigen, sondern sogar stabilisierenden Einfluss auf den Konjunkturverlauf nehmen. Die Kommunen tragen rund zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Wenn diese Ausgaben nicht prozyklisch wie bisher, sondern gleichmäßig erfolgen, dann wird ein wesentlicher destabilisierender Faktor entschärft.

Die Fragen stellte Vanessa Keppler.

v.keppler@derneuekaemmerer.de

EDITORIAL

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

am 12. September haben wir uns mit Ihnen getroffen – anlässlich des 2. Deutschen Kämmerertags in der Philharmonie in Essen. „Der Neue Kämmerer“ und die Gastgeberin WestLB hatten Sie gemeinsam mit unseren Mitveranstaltern Deloitte, Depfa Bank, HypoVereinsbank, arvato infocore, Nörr Stiefenhofer Lutz, NRW.BANK und Oracle zur Jahrestagung der deutschen Kämmerer eingeladen. Unter dem Leitthema der Veranstaltung „Die öffentlichen Verwaltungen stellen sich neu auf! Die Kommune der Zukunft heute gestalten“ diskutierten die Referenten und rund 340 Teilnehmer über aktuelle Entwicklungen in der kommunalen Finanzpolitik.

Damit haben wir thematisch an den 1. Deutschen Kämmerertag angeknüpft. Bei unserer Jahrestagung im November 2005 hatte der sächsische Ministerpräsident und ehemalige Finanzdezernent der Stadt Münster, Prof. Dr. Georg Milbradt, sein Modell einer fairen und praktikablen Kommunalsteuer dargestellt. In diesem Jahr erklärte der Finanzminister und frühere Kämmerer der Stadt Solingen, Prof. Dr. Ingolf Deubel, den rheinland-pfälzischen Weg zu verstetigten kommunalen Einnahmen über den Stabilisierungsfonds.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Dr. Ingo Wolf analysierte die Reformoptionen der Kommunen unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Auf der Bundesebene forderte er eine nachhaltige Gemeindefinanzreform. Bei der aktuellen Diskussion fehle vor allem eines: Die Botschaft vom Bund, „die Ausgabenseite im Blick zu halten“. Dies war auch der Tenor der sich anschließenden Expertenrunde zum Thema „Kommune der Zukunft“. Deubel und Wolf diskutierten im Plenum mit Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marius Nieland, Kämmerer der Stadt Essen, sowie Hartmut Vorjohann, Finanzbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden. Berlins Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin zeigte am Nachmittag auf, wie der Schuldenberg der Bundeshauptstadt derart anwachsen konnte, und beschrieb Stellschrauben und Perspektiven einer kommunalen Großsanierung.

Der Schwerpunktteil dieser Ausgabe beinhaltet Interviews und Fachartikel unserer Hauptreferenten. Weitere Tagungsunterlagen stehen für Sie als Download auf unserer Webseite www.derneuekaemmerer.de zu Verfügung.

Auch im kommenden Jahr werden wir Sie wieder einladen. Im Herbst 2007 tagen die deutschen Kämmerer dann in der Finanzmetropole Frankfurt am Main. In der Zwischenzeit werden wir mit dem „Kongress Kommunale Liegenschaften“ und dem „eKämmerertag“ im Frühjahr sowie dem „Health Care Congress 2007“ im Sommer weitere Diskussionsplattformen für Sie schaffen.

Wir danken Ihnen sehr für Ihre aktive redaktionelle Mitarbeit im Jahr 2006 und wünschen Ihnen ein erfolgreiches, glückliches und gesundes Jahr 2007.

Ihre
Vanessa Keppler

Veranstaltungsreihe
„Zukunft Bauwirtschaft“
im Rahmen der BAU 2007

Das PPP-Mittelstandsmodell Bau

Dienstag, 16. Januar 2007
10:00-16:30 Uhr
Neue Messe München
ICM Saal 13

Themen

- Rechtliche Rahmenbedingungen für eine Public Private Partnership im Bau
- Bedarfsfeststellung und Eignungstest bei PPP-Maßnahmen im Hochbau
- Wirtschaftlichkeitsvergleich und vertragsrechtliche Aspekte für Mittelstand und Kommunen
- Erfolgversprechende Finanzierungsmodelle aus Sicht der Kommunen und der mittelständischen Bauwirtschaft
- Bauen und Betreiben von PPP-Objekten
- Abdeckung von Bau- und Betreiberisiken und deren Auswirkung auf die Finanzierung

Eine Gemeinschaftsveranstaltung von

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
RKW · Rationalisierungs-Gemeinschaft „Bauwesen“
VHV Versicherungen
HypoVereinsbank AG
Ernst & Young Real Estate GmbH
Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V.
Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Messe München GmbH

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, um Anmeldung wird gebeten. Auskünfte, Programm und Anmeldung unter:

RKW · Rationalisierungs-Gemeinschaft „Bauwesen“
Düsseldorfer Straße 40
65760 Eschborn / D
Tel. +49(0)6196-495-3501
Fax +49(0)6196-495-4501

rgb@rkw.de
www.rkw.de



Schwerpunkt: 2. Deutscher Kämmerertag

Wer bestellt, muss zahlen können

NRW-Innenminister Wolf im Interview: Kommunen haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem

Das Land NRW hat in diesem Jahr den kommunalen Finanzausgleich reformiert. Damit sind die Einnahmen für die Kommunen verstetigt, und diese können besser planen. Doch das genügt nicht: Die Kommunen leben weiter auf Kosten der kommenden Generationen.

Wie beurteilen Sie die finanzielle Lage der deutschen Kommunen? Wie wird sie sich zukünftig entwickeln?

Die Finanzlage der Kommunen ist nach wie vor sehr angespannt. Dies gilt für die kommunale Ebene in fast allen Ländern. Das Strukturproblem in den Kommunalhaushalten besteht in der Regel darin, dass die Kommune die laufenden Ausgaben nicht durch Einnahmen decken kann.

Inzwischen ist zwar eine gewisse Erholung eingetreten, die in erster Linie auf die positive Aufkommensentwicklung der Gewerbesteuer zurückzuführen ist. Damit sind die Strukturprobleme aber keineswegs überwunden.

Die verbesserten Einnahmen reichen bei weitem noch nicht aus, die kommunalen Haushalte strukturell auszugleichen – geschweige denn, die aufgelaufenen Fehlbeträge abzubauen. Hinzu kommt, dass in der Verschuldung eine Zeitbombe tickt. Strategien zur Konsolidierung der Haushalte muss die Kommune auch mit einer Entschuldungsstrategie verbinden. Sonst werden erste Erfolge in kürzester Zeit von den Zinsen aufgeessen.

Welche Punkte sehen Sie an dem jetzigen Finanzausgleich besonders kritisch? Was sollte dringend reformiert werden?

Die Kommunen brauchen verlässliche und stetige Einnahmen. Dieses Ziel haben die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Vergangenheit oft nicht erreicht. Allerdings bin ich auch der Auffassung, dass die Kommunen nicht völlig vor den Entwicklungen der Konjunktur geschützt werden sollten. Für mich gehört zur kommunalen Selbstverwaltung auch, dass die Kommunen an Chancen und Risiken der konjunkturellen Entwicklung zeitnah beteiligt sind. Um die Einnahmen der Kommunen zu verstetigen, ist es wichtig, dass der Finanzausgleich auf dem richtigen Mix der Steuereinnahmen bzw. der kommunalen Anteile daran und der Bemessungsgrundlagen basiert.

Welches Modell wenden Sie in NRW an, um die Einnahmen der Kommunen zu verstetigen und eine höhere Planbarkeit zu gewährleisten? Was sind die Vor- und Nachteile dieses Modells?

Einen Beitrag zur Verstetigung der kommunalen Finanzausstattung haben wir in NRW in diesem Jahr durch eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs geleistet. Wir haben den Referenzzeitraum für die Verbundsteuern auf einen in der Vergangenheit liegenden Zeitraum umgestellt. Damit sind Unsicherheiten und Schwankungen beseitigt, die früher durch Fehler bei den Steuerschätzungen entstanden sind. Außerdem entfallen die damals notwendigen Abrechnungen, so dass der Finanzausgleich nun einfacher und transparenter ist. Seit dem Beschluss des Landtags über das Gemeindefinanzierungsgesetz wissen die Kommunen in NRW auf



Innenminister Dr. Ingo Wolf



Die Tagungsteilnehmer nutzten die Pausen zum Erfahrungsaustausch.



340 Teilnehmer aus dem öffentlichen Bereich besuchten den 2. Deutschen Kämmerertag in Essen.

1. Deutscher eKämmerertag

20. März 2007 in Hannover – CeBIT-Public Sector Parc

Save the Date!



Fachkongress des Neuen Kämmerers im Rahmen des Public Sector Parc der CeBIT 2007

Der 1. Deutsche eKämmerertag ist ein Diskussionsforum rund um die Themen Sicherheit, Effizienz und Innovation der öffentlichen Verwaltung und eine geschlossene Veranstaltung für Finanzentscheider und IT-Spezialisten des öffentlichen Sektors.

Die Teilnahme für Sie ist dank unserer Sponsoren kostenlos, einschließlich der Eintrittskarte zur CeBIT.

Kontakt

Financial Gates GmbH, Verena Viehweger, Projektmanagerin,
Ludwigstraße 25, 61169 Friedberg,
Telefon: 0 60 31 / 73 86 - 15, Telefax: 0 60 31 / 73 86 - 20,
E-Mail: v.viehweger@derneuekaemmerer.de

Veranstalter

DER NEUE
KÄMMERER
Zeitung für öffentliches Haushalts-,
Beteiligungs-, Immobilien- und
Prozessmanagement

Mitveranstalter

T · Systems · · ·

Kooperationspartner



Deutsche Messe
Hannover · Germany

CeBIT
Public Sector Parc

den Euro genau, welche Zuweisungen sie erhalten werden.

Halten Sie dies für eine Lösung, die bundesweit Schule machen könnte bzw. sollte?

Ja, die Vorteile liegen auf der Hand. Unsere Lösung schafft mehr Planungssicherheit und Stetigkeit. Außerdem können die Länder sie leicht und schnell umsetzen. Ein Nachteil könnte darin gesehen werden, dass die Kommunen an steigenden Steuern erst mit einer leichten Verzögerung partizipieren. Zumindest wissen sie, dass sie mit steigenden Zuweisungen rechnen können. Umgekehrt profitieren sie bei sinkenden Steuereinnahmen, weil sie der Rückgang der Zuweisungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung erreicht.

Wo sehen Sie Konsolidierungspotenziale der öffentlichen Haushalte, insbesondere auf kommunaler Ebene?

Die Kommunen glauben, dass sie ein Einnahmenproblem haben – in Wahrheit haben sie ein Ausgabenproblem. Die Kommunen geben Geld aus, das sie nicht haben. Sie wollen auf bestimmte Angebots- und Ausstattungsstandards nicht verzichten, für die dann künftige Generationen bezahlen müssen. Sie hoffen darauf, dass irgendwann die Einnahmen die Ausgaben wieder decken und sie außerdem in der Lage sein werden, die Schulden und Kassenkredite wieder abzubauen. Andere setzen darauf, dass ihnen irgendwann ihr Land oder die kommunale Gemeinschaft helfen wird. Vor solchen Einstellungen kann ich nur warnen. In den nächsten Jahren geht an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kein Weg vorbei. Das gilt für alle Ebenen – für Bund, Länder und Gemeinden. Dabei muss jeder seinen Beitrag leisten. Es gibt deshalb keine Alternative zu einer kommunalen Konsolidierungs- und Entschuldungsstrategie. Der einfache Grundsatz muss gelten: Es darf nicht mehr ausgegeben als eingenommen werden. Mancherorts ist eine Resignation eingetreten, die vielleicht nach vielen Konsolidierungsrunden auch verständlich ist. Dagegen hilft nur, dass die Kommunen ein Gesamtkonzept zur Konsolidierung und Entschuldung entwickeln, das alle Bereiche der Verwaltung umschließt und die Beschäftigten einbezieht.

Zu einem solchen Gesamtkonzept gehört auch, dass Haushaltskonsolidierung eine Führungsaufgabe sein muss. Wichtig ist außerdem ein zentrales Konsolidierungscontrolling. Letztlich ist das Umsteuern auf den Konsolidierungs- und Entschuldungskurs eine Frage des politischen Willens. Ich kann die Verantwortlichen deshalb nur dazu ermuntern: Beginnen Sie damit besser heute als morgen.

Was halten Sie von der Umstellung auf die Doppik?

Die Innenministerkonferenz hat mit ihrem Beschluss zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts im Jahr 2003 ein großes Reformvorhaben auf den Weg gebracht. In NRW haben wir im Jahr 2005 das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt und damit dieses in seinen Dimensionen außergewöhnliche Reformvorhaben umgesetzt. Ab 2009 werden alle NRW-Kommunen vollständig nach doppischen Regeln wirtschaften. Eines will ich aber auch gerne klarstellen: Die Doppik löst nicht die massiven Haushaltsprobleme der Kommunen. Das ist allerdings auch nicht das Ziel ihrer Einführung. Es geht vielmehr darum, den Ressourcenverbrauch statt den Geldverbrauch sichtbar zu machen und die Steuerungsmöglichkeiten des kommunalen Haushalts zu verbessern. Auch wenn der Umstellungsaufwand für die Kommunen nicht zu unterschätzen ist: Die Reform ist richtig und wichtig.

In Ihrer Rede auf dem 2. Deutschen Kämmerertag bemängelten Sie, es fehle Ihnen vor allem die Botschaft des Bundes, „die Ausgabenseite im Blick zu halten“. An welche Ausgaben denken Sie dabei?

Ich denke da vor allem an die Ausgaben im sozialen Bereich, die in den letzten Jahren ständig gestiegen sind. Diese Entwicklung können die Kommunen auf Dauer nicht verkraften. Strukturell gesunde kommunale Haushalte wird es nur geben können, wenn es gelingt, die Aufgaben und damit die Ausgaben zurückzuführen. Ich hoffe, dass ein neuer Anlauf dazu im Rahmen der Föderalismusreform II gelingt.

Die Fragen stellte Nadine Jakobs.

n.jakobs@derneuekaemmerer.de

Schwerpunkt: 2. Deutscher Kämmerertag

Wissen, wo die Hebel sitzen

Interview: Berlins Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin setzt auf die politische Verantwortung



Dr. Thilo Sarrazin sprach über Stellschrauben und Perspektiven einer kommunalen Großsanierung.



Im Foyer der Philharmonie in Essen präsentierten sich die Mitveranstalter des 2. Deutschen Kämmerertags.

Der Berliner Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin rechnet schon im kommenden Jahr mit einem verfassungsgemäßen Haushalt. Im Gespräch mit „Der Neue Kämmerer“ macht er klar, dass ein guter Finanzsenator immer noch ein Ass im Ärmel haben sollte.

Welche Sanierungsmaßnahmen auf Ausgaben- und Einnahmenseite stehen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Vordergrund?

Bei den Ausgaben behalten wir den strikten Sparkurs der vergangenen Jahre bei. Mittel- und langfristig werden uns die Auswirkungen bereits getroffener Entscheidungen helfen. Durch den Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung zum Beispiel sparen wir jährlich wachsende dreistellige Millionenbeträge. Besonders wichtig ist es, dass wir über die gesamte neue Legislaturperiode hinweg weiter mit hohem Tempo Personal abbauen werden, um uns so dem Niveau der beiden anderen Stadtstaaten anzunähern. Mit der Koalitionsvereinbarung und der neuen Finanzplanung haben wir festgelegt, dass die Linie unserer Primärausgaben selbst in absoluten Zahlen weiterhin nach unten zeigt – real also weiter kräftig sinkt.

Auf der Einnahmenseite können wir natürlich in erster Linie von der allgemeinen Konjunktorentwicklung und von der bundesweiten Mehrwertsteuererhöhung profitieren. Aber mit der Erhöhung von Grund- und Grunderwerbsteuer zum 1. Januar 2007 setzen wir auch ein deutliches eigenes Zeichen. In der Summe betrachtet werden wir durch die Kombination von Sparkurs und besserer Einnahmensituation schon ab dem nächsten Jahr wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt haben, also mit der Neuverschuldung unter den Investitionsausgaben bleiben. Und dort können wir sie auch zumindest stabilisieren. Noch zu finden ist die Antwort auf die Frage, wie Berlin in den Jahren ab 2011 den Abbau der Solidarpakt-Mittel kompensiert.

Welche aus Ihrer Sicht ökonomisch sinnvollen und notwendigen Maßnahmen gehen an die Grenze des politisch Durchsetzbaren?

Ein guter Finanzminister oder -senator hat immer mehr Dinge im Kopf und in der

Hinterhand, als zum jeweiligen Zeitpunkt tatsächlich machbar und politisch durchsetzbar sind. Und über die spricht er dann klugerweise nicht in erster Linie öffentlich. Kein Geheimnis ist, dass es eine klare politische Entscheidung der Berliner Koalitionspartner gibt, zurzeit keine weiteren Privatisierungen von Wohnungsunternehmen in Angriff zu nehmen. Damit kann ich aber leben, zumal die Auswirkungen für die Haushaltssanierung ohnehin tendenziell überschätzt werden. Wenn wir die Wohnungsunternehmen betriebswirtschaftlich weiter so konsequent steuern wie in den vergangenen Jahren, dann werden sie dem Haushalt bald durch Dividenden nutzen können.

Welche Eckpunkte benötigt eine Föderalismusreform II, um Ländern mit angespannter Finanzsituation Sanierungschancen zu eröffnen?

Lassen Sie es mich anders sagen: Wer meint, als Eckpunkt festlegen zu können, dass das Volumen der Umverteilung zwischen reichen und ärmeren Ländern verringert werden soll, der wird mit letzteren keinen Konsens über eine Reform finden. Berlin jedenfalls kann nach dem Karlsruher Urteil nicht das Risiko eingehen, nun auch noch Mittel aus dem Finanzausgleich zu verlieren.

Gut wäre es aus unserer Sicht, wenn im Ergebnis die Hauptstadtfunktion, die wir tragen, in angemessener Weise berücksichtigt würde. Aber ich bin auch nicht überzogen optimistisch: Berlin erhält insgesamt schon heute enorm viel Geld von den anderen Ländern und dem Bund. Es ist kaum damit zu rechnen, dass wir in der anstehenden Reformdiskussion noch darüber hinaus so umfangreiche weitere Transfers für Berlin erreichen können, dass unsere Sanierungschancen entscheidend verbessern würden.

Welche Wege zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen halten Sie für sinnvoll? In der Debatte sind unter anderem der Einsatz administrativer Mittel und eine Sanktionierung über den Kapitalmarkt.

Das beste Mittel ist und bleibt, wenn die jeweils Verantwortlichen eine verantwortliche und nachhaltige Politik machen. Mein Glaube an administrative Mittel oder

übergeordnete Gremien ist da beschränkt, zumal in unserer Verfassungsordnung die Entscheidung über die Länderhaushalte letztlich den Länderparlamenten vorbehalten bleiben muss. Vor allem gilt: Wenn man „Fehlverhalten“ bei der Neuverschuldung wirklich sanktionieren wollte, dann müssten die jeweils Handelnden auch die Chance haben, die wesentlichen Parameter ihrer Einnahmen und Ausgaben selbst zu bestimmen. Das ist aber nur sehr begrenzt der Fall, weil sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der Länder in ganz erheblichem Ausmaß von bundespolitischen Entscheidungen abhängen.

Für einen grundlegenden Systemwechsel in Richtung echter finanzieller Autonomie der Länder sehe ich in diesem Land aber keine Mehrheit, nicht in der Politik und nicht in der Bevölkerung. Und aus diesem Grund sind auch Überlegungen

über die Insolvenz von Gebietskörperschaften rein akademischer Natur: Sie sind in unserem vielfach verflochtenen Staatsaufbau einfach systemfremd.

Was waren aus Ihrer Sicht die entscheidenden Fehler der Berliner Landespolitiker seit der Vereinigung?

Berlin hat nicht von den Möglichkeiten des Einigungsvertrags Gebrauch gemacht, sich zumindest von einem Teil des Ostberliner Personals zu trennen. Berlin hat sehr schnell die Bezahlung dem Westniveau angeglichen. Und Berlin hat sein überbelegtes System der Wohnungsbaufinanzierung zu lange fortgesetzt.

Ob das nun „Fehler“ waren, kann man lange diskutieren. Objektiv waren es aber politische Entscheidungen, ohne die wir heute bei weitem nicht so verschuldet wären, wie wir es sind.

Welche drei Ratschläge geben Sie Finanzpolitikern in Ländern und Kommunen auf den Weg?

Auf welcher Ebene auch immer: Man sollte sich mit anderen vergleichbaren Ländern und Kommunen messen, also Benchmarking betreiben. Finanzpolitiker sollten vollständige Zahlentransparenz herstellen – und zwar nicht mit Hilfe von Beratern oder Gutachtern, das muss die Verwaltung selbst leisten.

Dann muss man die Einnahmen realistisch einschätzen und sich bemühen, seine Ausgaben langfristig und nachhaltig daran anzupassen. Ein gründlicher Vergleich mit anderen zeigt auf, wo dafür die Hebel sitzen.

Die Fragen stellte Friederike Wehnert.

f.wehnert@derneuekaemmerer.de

1. Kongress Kommunale Liegenschaften

Immobilien – Kommunales Tafelsilber oder Klotz am Bein?

Save the Date!

8. März 2007 in Düsseldorf – Rotunde der WestLB AG

Innovative Gebäudewirtschaft und modernes Finanzmanagement für Liegenschaften in kommunaler Hand

Diskutieren Sie mit Kämmerern und Bürgermeistern, Geschäftsführern und kaufmännischen Leitern von öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Wohnungsbaubetrieben über Themen wie die Bewertung kommunaler Liegenschaften, moderne Finanzierungsformen der Instandhaltung oder des Neubaus etwa durch PPP.

Programmauszug

- Demographie und Wohnungswirtschaft – Herausforderungen an die Kommune der Zukunft
- Braucht der Wohnungsmarkt eine staatliche Flankierung?
- Expertenrunde: Verkauf kommunaler Liegenschaften – Zukunftsweisende Strategie oder reine Not?
- Deutsche Wohnungsbauimmobilien aus Sicht ausländischer Finanzinvestoren

Exklusivitätsvorbehalt

Der Kongress Kommunale Liegenschaften ist eine geschlossene Veranstaltung für leitende Mitarbeiter des öffentlichen Sektors, speziell von Wohnungsbaubetrieben, Kämmerer und Bürgermeister.

Anmeldung ab Januar 2007

Financial Gates GmbH, Wenke Reim, Senior-Projektmanagerin
Ludwigstraße 25, 61169 Friedberg
Telefon: 0 60 31 / 73 86 - 22, Telefax: 0 60 31 / 73 86 - 29
E-Mail: w.reim@derneuekaemmerer.de

Veranstalter

DER NEUE
KÄMMERER

Zeitung für öffentliches Haushalts-,
Beteiligungs-, Immobilien- und
Prozessmanagement

Gastgeber

WestLB

Mitveranstalter

Deloitte.

HYPOTHEKENBANK IN ESSEN AG

DEXIA
Kommunalbank
Deutschland

BBT

Schwerpunkt: 2. Deutscher Kämmerertag

Eine kommunalpolitische Zwischenbilanz

Trendwende in der Europapolitik: Große Koalition setzt sich in Brüssel für kommunale Interessen ein

Die Föderalismusreform ist der aus kommunalpolitischer Sicht größte Schritt der Koalition. Für die Städte, Gemeinden und Landkreise hat die Bundesregierung sich weitere Ziele auf die Fahne geschrieben: Konnexität, Einnahmenverstetigung, Ausgabenentlastung, Verschlinkung und Entbürokratisierung.

Von Peter Götz

Innerhalb eines Jahres hat die große Koalition bereits wichtige kommunalpolitische Meilensteine gesetzt. In diesen Wochen steht die Bundesregierung vor einer grundsätzlichen Einigung zu einer wachstumsorientierten Unternehmensteuerreform ab dem 1. Januar 2008. Die Reform soll Wirtschaftswachstum generieren und die Arbeitslosenquote verringern. Wichtig ist dabei, dass die Kommunen von den Kosten der Reform ausgenommen werden und ihre strukturelle Finanzbasis mit eigenem Hebesatzrecht erhalten bleibt.

Aus kommunalpolitischer Sicht ist neben der Unternehmensteuerreform die erfolgreich beschlossene Föderalismusreform ein weiterer wichtiger Meilenstein. Denn sie nimmt dem Bundesgesetzgeber die Möglichkeit, den Kommunen kosten-trächtige Aufgaben durch Bundesgesetz aufzubürden. Das hat zur Folge, dass die Länder eventuelle Änderungen auf die Kommunen übertragen und demzufolge auch finanzieren müssen. Endlich gilt der Grundsatz: „Wer bestellt, bezahlt.“

Neben notwendigen Änderungen im Baugesetzbuch, dem forcierten Ausbau



Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion und Erster Beigeordneter (Bürgermeister) a.D. der Stadt Gaggenau

Foto: Der Neue Kämmerer

der Verkehrsinfrastruktur, der verbesserten CO₂-Gebäudesanierung, dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, dem engagierten Einsatz für eine bessere Integration von Ausländern, vollzog die neue Bundesregierung auch eine Trendwende in der Europapolitik. Die große Koalition macht frühzeitig ihren Einfluss in der EU-Kommission und im Ministerrat geltend, um unnötige Bürokratien von vornherein zu unterbinden. Aus kommunaler Sicht ist beispielsweise das Engagement in Sachen ÖPNV-Richtlinie hervorzuheben. Diesem ist letztlich der Fortbestand der

Verkehrsverbände bzw. Verbundräume in Deutschland zu verdanken. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte vor der Bundestagswahl gefordert, dass die Bundesregierung den Bundestag umfassend und frühzeitig über geplante europäische Initiativen unterrichtet. An der Regierung hat sich die Union genau dazu in einer Vereinbarung mit dem Bundestag verpflichtet. Jetzt können auch das Parlament sowie dessen Ausschüsse und Fraktionen frühzeitig ihren Einfluss gegen drohende Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips geltend machen. Auch davon profitieren letzt-

lich insbesondere die Städte, Gemeinden und Landkreise.

Flächenbrand verhindert

Direkte finanzielle Auswirkungen der Bundespolitik hatte in den vergangenen zwölf Monaten insbesondere die Beteiligung an den Kosten der Kommunen für die Unterkünfte der Hartz-IV-Empfänger. Noch vor gut einem Jahr beschloss die alte Regierung nicht nur eine zukünftige Absenkung der Bundesbeteiligung auf null, sondern überdies eine kommunale Rückzahlung in Höhe von rund 3 Milliarden

Euro für 2005. Dies hätte in den Kommunalhaushalten einen enormen Flächenbrand hervorgerufen. CDU und CSU hatten dies abgelehnt. Folgerichtig ließ die neue Bundesregierung die überhöhten Rückzahlungsforderungen der Vorgängerregierung für das Jahr 2005 fallen und stellte überdies die Bundesbeteiligung für das Jahr 2006 in vollem Umfang sicher. Gemäß der aktuell vereinbarten Regelung für 2007 bis 2010 steigt der Bundesanteil. Zudem stellt die Regelung über das Ende der laufenden Legislaturperiode hinaus Rechts- und Planungssicherheit für die Kommunen her. Die Liste kommunalrelevanter Handlungsfelder der neuen Bundesregierung ließe sich noch um viele Punkte erweitern. Letztlich ist aber das übergeordnete Ziel wichtig: Es geht darum, Deutschland wieder zukunftsfest zu machen, Standortvorteile zu erhalten, der Massenarbeitslosigkeit gegenzusteuern und die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit bestmöglich zu bestehen. Konnexität, Einnahmenverstetigung, Ausgabenentlastung, Verschlinkung und Entbürokratisierung stehen im Zentrum unseres Handelns für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Das erste Jahr hat gezeigt, dass die Bundesregierung durch eine kommunalfreundliche Politik den Worten auch Taten folgen lässt. Damit schaffen wir vor Ort Rahmenbedingungen für einen guten Weg!

Peter Götz MdB ist Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

AUSGEZEICHNET.

KANZLEI DES JAHRES* FÜR ÖFFENTLICHES RECHT PPP, PRIVATISIERUNG, PUBLIC AFFAIRS

www.noerr.com

Nörr Stiefenhofer Lutz ist auf der Überholspur – und könnte die Konkurrenz bald hinter sich lassen ... die Kanzlei ist mit neuen Praxisgruppen bereit, den Markt aufzurollen ... das Erfolgsgeheimnis ist ein äußerst strategisches Vorgehen ... die Anwälte arbeiten daran, Wissen und Ideen aus unterschiedlichen Bereichen zu kanalisieren und dabei auch immer wieder einen Blick über den Tellerrand zu wagen ... in der neuen Praxisgruppe PPP und Privatisierung arbeiten Immobilien-, Gesellschafts-, Vergabe-, Steuer- und Öffentlichrechtler zusammen ... treibt Ausbau der Public Affairs-Tätigkeit voran ... setzt dabei nicht nur auf Know-how und Kontakte der Of Counsel ... liefert integriertes Beratungsangebot, das rechtliche

Expertise und strategische Kommunikation verknüpft ... sichert sich dabei Mandate auf oberster politischer Ebene ... zeigt, wie dynamisch die Entwicklung eines öffentlich-rechtlichen Teams sein kann ... ist im Markt hoch respektiert ... wenn Nörr Stiefenhofer Lutz in Zukunft ihr beeindruckendes Tempo beibehält, könnte sie ein fester Kandidat für die Überholspur werden.

Auszüge aus der Laudatio der JUVE Awards 2006

* Kanzlei des Jahres 2006 in der Bewertung des juristischen Fachverlags JUVE

NÖRR STIEFENHOFER LUTZ

RECHTSANWÄLTE STEUERBERATER WIRTSCHAFTSPRÜFER • PARTNERSCHAFT

BERLIN BRATISLAVA BUDAPEST BUKAREST DRESDEN DÜSSELDORF
FRANKFURT/M. MOSKAU MÜNCHEN NEW YORK PRAG WARSCHAU